Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postscheckkonto: Dresden 1589 Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 175. **Dienstag, 29. Juli 1924, abends.** **77. Jahrg.**

Das Riesaer Tageblatt **erscheint jeden Tag** abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. **Bezugspreis**, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. **Anzeigen** für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. **Geschäftsstelle: Goethestraße 59.**

Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Herriots Kompensationen.

So peinlich die französischen Delegierten in London darüber gewacht haben, daß die Frage der **militärischen Räumung des besetzten Gebietes** als nicht im Sachverständigen-Gutachten enthalten in den offiziellen Sitzungen der Kommissionen und der Vollkonferenz nicht berührt wurde, so wenig hat es sich natürlich vermeiden lassen, daß in den privaten Besprechungen um so lebhafter davon die Rede war. Es ist vor allem der Energie und Konsequenz der englischen und amerikanischen Finanzleute zuzuschreiben, wenn Herriot sich schließlich dazu bequemt hat, die Abgabe bestimmter Zusicherungen in Bezug auf die Räumungstermine wenigstens in Erwägung zu ziehen. Freilich fühlt er sich fortwährend so stark unter dem Druck seiner nationalistischen Opposition, daß er glaubt, der französischen Kammer ein solches Zugeständnis nur dann bieten zu können, wenn er auf anderem Gebiet wesentliche Kompensationen heimbringen kann. Es verlautet, daß die französischen Gegenforderungen darin bestehen, daß England für Frankreich einen teilweisen Erlaß der Schulden oder eine Sicherheitsgarantie gewährt und daß Deutschland in den Abschluß eines Handelsvertrages einwilligt, welcher der französischen Industrie günstige Bedingungen einräumt. Man wird erst speziellere Nachrichten abwarten müssen, um völlig klar zu sehen, was sich hinter dieser Formulierung wirklich verbirgt. Indessen muß es vorläufig sehr fraglich erscheinen, ob dieser Ausweg besonders glücklich genannt werden kann. Zunächst haben die Amerikaner schon vor Beginn der Konferenz jede Mitwirkung davon abhängig gemacht, daß das Problem der interalliierten Schulden in keiner Weise angeschnitten wird. Wenn nun auch vorläufig nur davon die Rede ist, daß England einen Teil der französischen Schulden erlassen soll, so wäre doch die Frage der französischen Schulden an Amerika mit der Diskussion dieses Gegenstandes von vornherein in eine so gefährliche Nähe gerückt, selbst dann, wenn Macdonald nicht ausdrücklich darauf zurückgreifen würde, daß eine glatte Erledigung dieser Forderung äußerst unwahrscheinlich bleibt.

Was nun den **deutsch-französischen Handelsvertrag** anlangt, so ist es ja seit längerer Zeit bekannt, daß die französischen Wirtschaftskreise ein lebhaftes Interesse an einer endgültigen Regelung dieser Beziehungen haben. Bekanntlich läuft im Januar die im Versailler Vertrag vorgesehene Meistbegünstigung für Frankreich ab, und es wird notwendig werden, den deutsch-französischen Güteraustausch auf eine neue vertragliche Grundlage zu stellen. Ob dieser Handelsvertrag von Frankreich dann als Kompensation für die militärische Räumung des Ruhrgebietes betrachtet wird, kann uns an sich gleichgültig sein. Für Deutschland kommt es einzig und allein auf den Inhalt dieses Vertrages an und auf die Erwägung, daß daraus keinerlei wirtschaftliche Nachteile für Deutschland entspringen dürfen. Natürlich müssen wir grundsätzlich an dem Standpunkt festhalten, daß die Räumung ein deutsches Recht ist, welches wir zu beanspruchen haben, ohne dafür Gegenleistungen irgendwelcher Art zu bieten. Es wird also bei den Diskussionen über einen etwaigen Handelsvertrag einzig und allein darauf zu sehen sein, ob ein solcher unserer Wirtschaft Vorteile bringt. Wenn England sich bereit erklären sollte, den Franzosen für die militärische Räumung finanzielle Vorteile zu bieten, so ist das eine Sache, die uns unmittelbar nichts angeht und unseren Rechtsstandpunkt in keiner Weise berührt. Immerhin ist die Frage der militärischen Räumung für die amerikanischen Geldgeber aus Sicherheitsgründen für ihre Anleihe so wichtig, daß man noch nicht alle Hoffnungen aufzugeben braucht, auch hier einmal eine befriedigende Lösung zu erzielen.

Die Aufwertungsfrage.

Im **Aufwertungsausschuß des Reichstages** wurde gestern die Vernehmung von Sachverständigen fortgesetzt. Geheimrat Havenstein, Dr. v. Karger (Zentralverband des Deutschen Bank- und Bankiersgewerbes), sowie Geheimrat Schwartz (Verband der Hypothekenbanken) erklärten sich im Interesse der Wirtschaft gegen die Aufwertung. Dagegen wünschte Freiherr v. Vechmann eine wesentlich höhere Aufwertung, die freilich kaum durchführbar wäre, sodaß es das **beste** sei, bei der dritten Steuernotverordnung zu bleiben. Von den Ausschußmitgliedern erklärte der Deutschnationale Hergt, daß seine Partei sich einer Verlängerung der **Hauszinssteuer** über den 1. April 1925 hinaus widersetzen werde. Der Sachverständige für die **Lebensversicherungen**, Geheimrat Riese, erklärte sich ebenfalls gegen eine höhere Aufwertung. Dagegen befürwortete Stadtrat Humar (Zentralverband der Haus- und Grundbesitzer) eine höhere Aufwertung. Als Vertreter des Bundes Deutscher Mietervereine verlangte Rechtsanwalt Groß-Dresden die **Beseitigung der Hauszinssteuer.** Die Mieter wollten kein Privileg, wehrten sich aber gegen eine Erhöhung der Hausrente. Der Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsbundes Herschel verlangte vor allem die **Berücksichtigung der kleinen Sparer.** Landrat Dr. Heine aus Oschersleben (Schutzverband der Hypothekengläubiger und Sparer) trat in erster Linie für die Aufwertung der Sparkassenguthaben der kleinen Sparer ein. Oberlandesgerichtspräsident Best gab Erläuterungen zu dem von ihm verfaßten Gesetzentwurf, der von den Gläubigerschutzverbänden vertreten wird. Der **Zinsendienst für die öffentlichen Anleihen müsse allmählich aufgenommen werden.** Weiterhin traten noch für Aufwertung ein Dr. Prieß-Hamburg und Dieken-Rostock.

Nach abgeschlossener Vernehmung der Sachverständigen vertagte sich der Ausschuß. Er wird in etwa 14 Tagen wieder zusammentreten, nachdem die Sachverständigen ihre Gutachten schriftlich eingereicht haben.

Die Einladung Deutschlands Ende der Woche.

)(London. (Funkspruch.) Reuter meldet: **Die Einladung an Deutschland wird wahrscheinlich am Donnerstag oder Freitag abgesandt werden.** Hieraus dürfte jedoch nicht gefolgert werden, daß die Konferenz beabsichtige, den deutschen Vertretern irgend eine Entscheidung aufzuzwingen. Die von der Konferenz vorbereiteten Schriftsätze werden lediglich als Grundlage für die Unterhandlungen dienen. Man ist der Meinung, daß es zwecklos sei, Deutschland einzuladen, solange nicht ein Uebereinkommen unter den Alliierten erreicht ist.

Keine wesentliche Veränderung.

)(London. Reuter erfährt über den **Stand der Londoner Konferenz:** Unmittelbar nach der Konferenz zwischen den Delegationsführern trat die britische Reichsdelegation zu einer Besprechung zusammen. Die allgemeine Ansicht in britischen Kreisen geht, soweit offiziell bekannt, dahin, daß die Lage **keine wesentliche Veränderung** erfahren hat. Seit Freitag ist nach offizieller Kenntnis keinerlei Lösung der von den Bankiers gewünschten Sicherheitsfrage aufgetaucht. Die Frage der militärischen Räumung des Ruhrgebiets liegt außerhalb des Rahmens der Konferenz. Die Eisenbahnfrage ist nach wie vor dieselbe, da England und Frankreich ihren jeweiligen Standpunkt genau festgelegt haben, bildet aber nicht das Hauptproblem. Der Gesamteindruck von der Konferenz geht nach wie vor dahin, daß alle Beteiligten ihr Bestes tun, und daß niemand die Verantwortung für ein Mißlingen auf sich nehmen will.

Das amtliche Kommuniqué über die gestrige Vollsitzung.

* London. Ueber die Vollsitzung der Konferenz wird folgendes Kommuniqué herausgegeben: Die Konferenz trat gestern nachmittag 4 Uhr im Foreign Office unter dem Vorsitz Macdonalds zusammen. Es wurde beschlossen, ein **juristisches Komitee** zu ernennen, welches die Punkte f—h des Artikels 5 der französisch-englischen Note vom 9. Juli prüfen soll. Dieses Komitee wird aus Vertretern Belgiens, Frankreichs, Großbritanniens, Italiens und Japans zusammengesetzt sein. Außerdem wird ihm ein Vertreter der Vereinigten Staaten beigegeben sein. Dieser wird aber nur beratende Stimme haben. Es wurde **beschlossen**, daß der französische, belgische und britische Ministerpräsident sowie der Führer der italienischen und japanischen Abordnung **die Vertreter der deutschen Regierung einladen sollen, nach London zu kommen**, sobald die Alliierten untereinander ein Einverständnis getroffen haben werden. Ferner wurde beschlossen, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um **die Reparationskommission nach London** zu berufen. Snowden teilte der Konferenz mit, daß er bezüglich der Arbeiten der ersten Kommission nichts bekannt zu geben habe. Diese werde ihre Arbeiten am Mittwoch morgen fortsetzen. Thomas legte den Bericht der zweiten Kommission bezüglich der Herstellung der wirtschaftlichen und finanziellen Einheit des Reiches vor. Dieser Bericht wurde angenommen. Namens der dritten Kommission erstattete Kinderley Bericht über die Arbeiten dieser Komission und teilte mit, daß die Kommission ihre Arbeiten noch nicht beendet habe.

Am Schluß der Sitzung verlas der rumänische Gesandte im Namen seiner Regierung eine Erklärung, worin es heißt, daß die rumänische Regierung den Wunsch habe, an der dritten Kommission teilzunehmen. Er nahm zur Kenntnis, daß alle Fragen bezüglich Prioritäten, Vorzugsschulden und Kriegsschulden noch nicht erörtert werden sollen.

Dr. Stresemann deutscher Hauptdelegierter.

Berlin. Reichskanzler Dr. Marx, der sich mit der deutschen Delegation nach London begeben wird, soll, wie wir hören, nicht die hauptsächliche Leitung der Verhandlungen in London übernehmen. Vielmehr ist der deutsche Hauptdelegierte **Außenminister Dr. Stresemann**, der als Leiter der Außenpolitik für die Tätigkeit der deutschen Delegation verantwortlich ist. Im übrigen verlautet heute, daß der Reichskanzler nicht bis zum Abschluß in London bleiben wird, sondern nach Berlin zurückkehrt, sobald seine persönliche Mission beendet ist. Dr. Stresemann wird dagegen bis zum Abschluß der deutschen Delegation in London bleiben und auch die Unterschrift unter das Protokoll der Konferenz zu setzen haben.

Herriot an Macdonald.

London. (Funkspruch.) Der diplomatische Berichterstatter des Daily Telegraph meldet: Gestern morgen um 7 Uhr richtete **Herriot ein Schreiben an Macdonald**, um ihm seine Haltung gegenüber den beiden Problemen der **Einladung an Deutschland** zur Teilnahme an der Konferenz und der **militärischen Räumung des Ruhrgebietes** darzulegen. In beiden Fällen erklärt Herriot seine grundsätzliche Zustimmung zu dem britischen Vorschlag, während er sich zugleich das Recht vorbehält, gewisse Bedingungen, die vorher in Unterredungen erwähnt wurden, niederzulegen. Später frühstückten Herriot und Theunis mit Macdonald in Downing Street. Es folgte eine Unterredung, die jedoch keinen abschließenden Charakter hatte.

Mehr Optimismus für London.

Berlin. Im Auswärtigen Amt hat im Laufe des gestrigen Tages die anfängliche pessimistische Beurteilung der Resultate der Londoner Konferenz einem größeren Optimismus Platz gemacht. Man glaubt sich jetzt zu der Hoffnung berechtigt, daß es den Engländern und Amerikanern gelingen wird, um die meisten strittigen Fragen eine Uebereinkunft zu erzielen, die auch den deutschen Interessen gerecht wird. Die Vorbereitungen zur Abreise sind so gut wie beendet. Die Ministerpräsidenten der fünf Länder, die für das besetzte Gebiet in Frage kommen, haben auf Vorstellungen der Reichsregierung hin vorläufig auf ihre Teilnahme an der Konferenz verzichtet, doch werden sich die betreffenden Landesregierungen, die an den besetzten Gebieten interessiert sind, bereithalten, um auf Anforderung der deutschen Delegierten auch späterhin sofort nach London abreisen zu können, falls spezielle Fragen der besetzten Gebiete berührt werden. Für den schwierigsten Punkt hält man nach wie vor die **französische Forderung auf Beibehaltung der 4000 französisch-belgischen Eisenbahner im besetzten Gebiet**, über die bisher eine Einigung noch nicht erzielt werden konnte. Man wird versuchen, es den Vertretern in London klarzumachen, daß die Beibehaltung dieser Eisenbahner eine Belastung des Budget der künftigen Reichsbahngesellschaft bedeuten würde, die die Erträgnisse dieser Gesellschaft gefährden könnten, und daß außerdem aus sprachlichen Gründen die größten Unzuträglichkeiten in der Eisenbahnverwaltung entstehen müßten. Jedenfalls ist Dr. Stresemann entschlossen, auch bei sonstigem Entgegenkommen die Forderung auf Beseitigung dieser Eisenbahner keineswegs fallen zu lassen.

Erklärung des amerikanischen Delegierten.

London. (Funkspruch.) Das **erste oder politische Komitee** trat gestern vormittag 11 Uhr zusammen. Theunis und Clementel waren, obgleich sie keine Mitglieder des Komitees sind, in ihrer Eigenschaft als Finanzminister anwesend. Die **Kompromißformel des belgischen Premierministers**, welche Beratungen der Reparationskommission und der alliierten Regierungen durch zwei Gruppen von Dawessachverständigen mit Bezug auf die Erklärung eines deutschen Verzuges bezw. das Ergreifen von Sanktionen vorsieht, wurde zuerst vorgebracht. Die französische Delegation gab ihre Bereitschaft kund, diese Formel anzunehmen, wenn sie auch von allen übrigen Delegierten bedingungslos angenommen werde. Die Engländer bestanden jedoch darauf, daß das Ergebnis der Beratungen bindenden Charakter haben sollte, dem widersetzten sich die Franzosen energisch. Der **amerikanische Delegierte Logan** erklärte, daß seine Regierung **die Durchführung des Dawesberichtes als eine Frage von größtem Interesse** für die Vereinigten Staaten ansehe, auch als **einzigen praktischen Ausweg** aus der gegenwärtigen schwierigen Lage Europas. Logan wies auch die Annahme zurück, daß die amerikanischen Bankiers sich von dem Wunsch hätten leiten lassen, sich in die Politik einzumischen. Schließlich fand Logan dadurch einen Ausweg, daß er eine eigene Formel vorbrachte, die dahin ging, daß es für das Komitee selbst wenig Zweck habe zu versuchen, die **Bedingungen für die Sicherheit für die Anleihe** festzusetzen, bevor die drei interessierten Parteien, **Deutschland, die Bankiers und die Reparationskommission**, nicht selbst zu den notwendigen Vereinbarungen gelangt seien. Sobald dies erfolgt sei, aber nicht vorher, werde es der Kommission möglich sein, die entsprechenden notwendigen Vereinbarungen zu erwägen.

Kaum hatte Logan seine Erklärung beendet, als der belgische Premierminister **Theunis** sich erhob, um zu erklären, daß die Worte, die die Kommission soeben gehört habe, amerikanische Logik, amerikanische Vernunft und amerikanischen kaufmännischen Geist darstellten. Dem Berichterstatter des Daily Telegraph zufolge gingen seltsamerweise weder die englischen noch die französischen Vertreter auf den Vorschlag ein. Darauf kam man darüber überein, daß das Komitee um 3 Uhr wieder zusammentreten sollte und daß in der Zwischenzeit Logan seinen Vorschlag nochmals ausarbeiten sollte.

Die Besprechungen mit der Micum ergebnislos.

* Düsseldorf. Die gestrigen Verhandlungen der Sechserkommission mit der Micum wurden nach mehrstündiger Dauer ergebnislos abgebrochen, da die geringen Zugeständnisse der Micum der verschlechterten Wirtschaftslage sowie auch der Zunahme von Feierschichten in keiner Weise Rechnung tragen. Die Verhandlungen sollen nach Fühlungnahme mit der Reichsregierung am Donnerstag fortgesetzt werden.

Der deutsch-russische Konflikt vor seiner Beilegung.

)(Berlin. Wie mehrere Blätter melden, steht der deutsch-russische Konflikt in der russischen Handelsvertretung in Berlin vor seiner Beilegung. Reichsminister des Aeußeren Dr. Stresemann habe den derzeitigen Geschäftsträger Rußlands in Deutschland, Botschaftsrat Brosowski, zur Unterzeichnung eines zwischen Rußland und Deutschland vereinbarten Protokolls über den Zwischenfall aufgefordert. Die Unterzeichnung soll an einem der nächsten Tage erfolgen.

SLUB
Wir führen Wissen.